

Zur forschungspolitischen Situation der Soziologie

Lepsius, M. Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lepsius, M. R. (1976). Zur forschungspolitischen Situation der Soziologie. In M. R. Lepsius (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Soziologie: Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages* (S. 407-417). Stuttgart: Ferdinand Enke. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-187791>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

VII. Zur Lage von Forschung und Lehre

Zur forschungspolitischen Situation der Soziologie

M. Rainer Lepsius

In den letzten Jahren haben sich Ansätze einer systematischen Forschungspolitik herausgebildet, die einen Wandel in der Forschungsförderung einleiten. Wesentlicher Ausdruck dieser neuen Forschungspolitik sind die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft betreuten, seit 1968 eingerichteten Sonderforschungsbereiche und die Ausdehnung der Tätigkeit des Forschungsressorts der Bundesregierung über den Technologiebereich hinaus. Die Forschungsförderung ist damit auf eine Ebene höherer Zentralisierung und Planung gebracht worden.

Im Zuge dieser Ausdehnung der Forschungspolitik ist die besondere Förderungsbedürftigkeit der sozialwissenschaftlichen Forschung mehrfach herausgestellt worden. Im Forschungsbericht IV der Bundesregierung aus dem Jahre 1972 heißt es (auf S. 21): "Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Förderung der Sozialwissenschaften in zweierlei Hinsicht akzentuiert wird: Im Rahmen der allgemeinen Forschungsförderung durch den Aufbau von Schwerpunkten und Zentren sozialwissenschaftlicher Forschung. Initiativen werden gemeinsam mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft ergirffen. Im Rahmen ihrer Fachprogramme durch stärkere Beteiligung von Sozialwissenschaftlern bei gesellschaftsrelevanten Projekten und Fragestellungen." Selbst in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 ist von der Förderung der Sozialwissenschaften die Rede. Dort versichert die Bundesregierung, sie werde darauf achten, daß die sozialen Folgen der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung in die Forschung einbezogen werden und daß darüber hinaus auch der gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenforschung größere Aufmerksamkeit zuteil werde.

Das damit unterstrichene öffentliche Interesse an der Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung ist nicht nur Ausdruck eines steigenden Bedarfs an Expertise für die Erhöhung der Steuerungskapazität der Regierung angesichts der von ihr herausgehobenen "notwendigen Modernisierungs- und Neuerungsmaßnahmen" (Forschungsbericht IV, S. 20), es entspricht auch dem von Sozialwissenschaftlern seit langem empfundenen Leistungsdefizit der Forschung.

Die Hochschulen stellen keine ausreichende Forschungskapazität bereit, insbesondere für systematische und kontinuierliche empirische Forschung. Dieser Sachverhalt ist seit der Etablierung der Soziologie als selbständiges Fach in das Universitätssystem immer wieder festgestellt worden. Es ist weder in den zwanziger Jahren noch in den fünfziger Jahren gelungen, die Soziologie in den Universitäten so zu institutionalisieren, wie es einer empirischen Wissenschaft entsprochen hätte. Sie ist vielmehr nach dem Muster der Geisteswissenschaften unter Betonung ihrer Lehrfunktionen ausgestattet worden, und das heißt ohne ausreichende empirische Forschungseinrichtungen. Die Folgen für Inhalt und Umfang der soziologischen Forschung sind bekannt; sie werden im Bericht von Burkart Lutz über die Enquete der Deutschen Gesellschaft für Soziologie über die Forschungseinrich-

tungen erneut und auf Grund jüngster Daten herausgearbeitet. Trotz des schnellen Wachstums der Planstellen für Soziologen im tertiären Bildungswesen ist die Forschungskapazität der Hochschulen keineswegs gestiegen, sie ist im Gegenteil tendenziell geschrumpft. Angesichts der gegenwärtigen Bestrebungen zur Steigerung der Lehrkapazität der Hochschulen durch die Erhöhung der Lehrdeputate auch für Assistenten, die Rationalisierung der Lehrveranstaltungen auf studienplanbezogene Inhalte und die Bindung der Stellenbewilligung an die Studentenzahl, schließlich sogar durch die Einsparung von bereits planmäßig ausgebrachten Stellen wird sich die bereits unzureichende Forschungskapazität relativ vermindern.

In dieser Lage richteten sich Bestrebungen zur Erweiterung der Forschungskapazität zunächst auf die Gründung von Instituten neben den Lehrereinheiten der Universitäten. So waren auch die ersten beiden Forschungseinrichtungen für Soziologie nach dem ersten Weltkrieg neben den Universitäten entstanden: das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften in Köln (im März 1918, noch vor Errichtung der Universität) und das Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt (1922/24). Zur Begründung für solche Institute werden heute wie damals gleichartige Argumente vorgetragen.

So schrieb *Friedrich Pollock* über das Institut für Sozialforschung in Frankfurt: "Daß die Universitäten allein nicht in der Lage sind, sich eindringlich genug mit den durch die Revolution (von 1918/19) neu gestellten Fragen nach der Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft auseinanderzusetzen, wurde bald nach dem Umsturz sichtbar. Es zeigten sich auch hier in jenen Jahren mit besonderer Schwere die Nachteile der im Geiste Wilhelm v. Humboldts eingeführten engen Verbindung von Forschung und Lehre an den Universitäten. Die Nachkriegsjahre brachten allen deutschen Universitäten und vor allem den nationalökonomischen Fakultäten eine bisher unerreichte Zahl von Studenten. Infolgedessen wurden die akademischen Lehrer mit Lehr- und Prüfungsverpflichtungen derartig in Anspruch genommen, daß sie weniger Zeit als je zur Durchführung ihrer Forschungsaufgaben hatten. Hier liegt einer der Gründe, warum die Beteiligung der offiziellen deutschen Wissenschaftler an der Bewältigung der strittigen gesellschaftlichen Probleme relativ schwach gewesen ist und ihr Einfluß auf die Klärung der Streitfragen nur sehr gering blieb. Aus dieser Überlastung der akademischen Lehrer wird es zum Teil verständlich, daß die seltsamsten Meinungen sich lange Zeit breitmachen konnten, ohne auf eine ernsthafte Kritik zu stoßen, und daß tiefere Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge fehlte. In jenen Jahren mußte die Wissenschaft eine Zeitlang wegen ihrer mangelnden Vorbereitung und der Überlastung mit Tagesarbeit der Pseudowissenschaft, der Phrase und der politischen Demagogie das Feld räumen" (aus: *L. Bauer* u. Mitarb., *Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele*, 2. Band, Hamburg 1930, S. 347).

Eine zweite Begründung wurde gleichfalls schon damals vorgetragen: "Größere Untersuchungsreihen können nur in gut ausgestatteten geistigen Arbeitsstätten, in denen das wissenschaftliche Arbeitsmaterial planvoll gesammelt und bereitgestellt wird, fruchtbringend durchgeführt werden" (so *Christian Eckert* in seinem Beitrag über das Kölner Institut, ebenda, S. 289). Wir würden heute andere Worte wählen und einige Akzente anders setzen, doch in der Tendenz ebenso argumentieren. Sieht man die geläufigen Argumente einmal in historischer Brechung vor sich, so wird deutlich: es ist nichts Neues, was heute gefordert wird, und doch sind die Erfolge dieser Argumente bis heute recht bescheiden geblieben.

So sind nach dem Kriege nur wenige Forschungsinstitute mit einer insgesamt recht beschränkten Forschungskapazität neu errichtet worden. Im Hochschulbereich sind neben die wiedererstandenen Institute aus den zwanziger Jahren in Köln und Frankfurt nur die Sozialforschungsstelle Dortmund und – für den Bereich der politischen Soziologie – das Institut für Politische Wissenschaft in Berlin getreten. Aber auch die Zahl der hochschulfreien wissenschaftlichen Institute, die für andere Wissenschaften von so großer Bedeutung sind, ist sehr beschränkt geblieben. Zwar gibt es viele kleine Forschungsgruppen, die eine beständig gefährdete Existenz auf dem freien Forschungsmarkt führen, aber nur wenige Institute haben eine innere Differenzierung und Betriebsgröße, die ihnen systematische und wissenschaftlich innovative Forschungsarbeit ermöglicht. Dazu gehören die beiden Forschungsinstitute in München und Göttingen und die beiden – in Teilbereichen soziologisch arbeitenden – Institute der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin und in Starnberg sowie die im Aufbau befindlichen interdisziplinären Institute des Wissenschaftszentrums Berlin. Die Masse der zumeist auf Umfrageforschung beruhenden öffentlichen Nachfrage nach Sozialforschung wird hingegen von kommerziellen Instituten abgedeckt. Deren Wachstum repräsentiert in einem viel stärkeren Ausmaß die gegenwärtige Bedeutung sozialwissenschaftlicher Forschung, wie sie von Verwaltung, Verbänden und Wirtschaft nachgefragt wird, als das Wachstum der wissenschaftlich verfaßten Forschungsinstitute. So sehr sich die Soziologie auch im Hochschulwesen ausgebreitet hat, ihre wissenschaftlich verfaßte Forschungskapazität ist nach Ausstattung und Dauerhaftigkeit der Forschungsteams sehr gering. Die Soziologie ist insofern ein Lehrfach ohne "Laboratorien" geblieben.

Mit dem Instrument der Sonderforschungsbereiche ist eine neue Chance für die Entwicklung von Forschungspotential im Rahmen der Universitäten entstanden. Doch auch davon ist kein großer Gebrauch gemacht worden. Es bestehen zur Zeit nur vier sozialwissenschaftliche Sonderforschungsbereiche: der SFB 22 Sozialisationsforschung in Nürnberg, der SFB 23 Bildungsforschung in Konstanz, der SFB 24 Sozial- und wirtschaftspsychologische Entscheidungsforschung in Mannheim und der SFB 101 Arbeitskräfteforschung in München. Diese Einrichtungen haben Jahresetats von 1 bis 2 Mill. und beschäftigen etwa 50 bis 60 hauptamtliche Forscher. Sie haben damit eine Größenordnung, die von den alten Forschungsinstituten nie erreicht wurde. Es ist nicht klar, warum von dem Instrument des Sonderforschungsbereichs nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist. Vielleicht waren die Verhältnisse an den Hochschulen in den Jahren 1967 und folgende nicht besonders geeignet, um sorgfältige Anträge auszuarbeiten und initiale Teams zu bilden. Vielleicht ist aber auch in den Universitäten weder personell noch sachlich eine ausreichende Basis vorhanden, um sofort mit einem größeren und langfristigen Forschungsprogramm beginnen zu können. Dann wäre nach anderen institutionellen und organisatorischen Mitteln zu suchen, die eine Erhöhung der Forschungskapazität fördern.

Soziologische Forschung ist sehr unterschiedliches und ihre Förderung kann nicht mit nur einem Mittel bewerkstelligt werden, auch nicht, wenn man sich nur auf empirische Sozialforschung konzentriert. Empirische Forschung hat immer besondere Aufwendungen, wenn die Daten selbst gewonnen werden müssen und wenn es sich um Massenbeobachtungen handelt. Für die Dauerbeobachtung sozia-

ler Phänomene bedarf es ganz anderer Einrichtungen als für die Durchführung einer explorativen Fallstudie. Gleichmaßen sind die Voraussetzungen für die Analyse komplexer sozialer Probleme völlig anderer Art als diejenigen für die Analyse bereits vorliegender Aggregatdaten unter einem theoretisch homogenisierten Erkenntnisziel. Diese trivialen Bemerkungen sind der Ausgangspunkt für eine vielfältige Strategie der Forschungsförderung im Bereich der empirisch forschenden Soziologie, die allerdings nur mühsam in Entscheidungs- und Beratungsgremien der Institutionen der Forschungspolitik zu vermitteln sind. Vorschlägen, die auf ein vielfältiges Verbundsystem sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen abzielen und damit die gleichzeitige und sich gegenseitig stützende Förderung der verschiedenen Forschungstypen der Soziologie anstreben, wird regelmäßig mit mißtrauischer Skepsis begegnet, wobei zwei Argumentationen im Vordergrund stehen.

1. Die Soziologie solle nicht große Einrichtungen zur Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen, zur Sammlung und Auswertung von Datenmassen, zur Entwicklung leistungsfähiger Forschungsteams für die Analyse komplexer Problemfelder fordern, sie solle erst einmal im Rahmen der traditionellen Forschungsförderung kleine Arbeitsgruppen bilden, die die Grundlagen schaffen, auf denen dann später größere Forschungseinrichtungen tätig werden könnten.

2. Die Soziologie solle nicht weiterhin die Förderung ihrer esoterischen Eigenbedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, sondern sich in anwendungsbezogener Projektforschung an der Analyse komplexer Probleme in interdisziplinärer Kooperation bewähren und entwickeln.

Für beide Ansichten lassen sich gute Gründe finden, und doch erzeugen sie zusammen eine Lähmung der Bemühungen um eine systematische Förderung der soziologischen Forschung. Wir stehen gewissermaßen vor einem Zirkel der Beweislast: wenn eure Leistungsfähigkeit beschränkt ist, so konzentriert euch doch erstmal auf kleine Projekte zur Verbesserung der Grundlagen und, umgekehrt: zeigt erst einmal, was ihr tatsächlich zu leisten vermögt, dann kann man auch an die Förderung neuer Einrichtungen für die Grundlagenforschung denken. In der Sicht der traditionellen Wissenschaftsförderung stellt sich die Soziologie nach den Kriterien exakter Problembestimmung und erprobter methodischer Durchführungsprogramme für große Forschungsprojekte im Vergleich zu den Standards der Naturwissenschaften als unterentwickelt dar. In der Sicht der anwendungsorientierten Forschungsförderung erscheint die Soziologie als zu wenig praxisbezogen und in ihrem Beitrag für konkrete Problemlösungen unterentwickelt. Aus beider Sicht rechtfertigt sich eine systematische Breitenförderung noch nicht: die sozialwissenschaftliche Forschung habe sich erst selbst zu konsolidieren durch den Nachweis ihrer theoretisch-methodologischen und anwendungsfähigen Leistungen.

Demgegenüber hatte bereits um den Jahreswechsel 1971/72 eine Arbeitsgruppe von Sozialwissenschaftlern in der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Programm differenzierter Förderungsmaßnahmen vorgeschlagen, das sich besonders auf die Entwicklung einer breiteren Infrastruktur richtete. Der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hatte im Anschluß an diese Vorstellungen Ende 1973 Empfehlungen zur Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung ausgearbeitet (vgl. Soziologie, Mitteilungsblatt der DGS, Heft 2, 1974, S. 123 ff. ferner:

M.R. Lepsius: Herausforderung und Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung, Deutsche Forschungsgemeinschaft Mitteilungen 3/1973).

Diesen Vorschlägen lagen folgende Überlegungen zugrunde.

1. Der Verbesserung der Infrastruktur der Forschung gebührt besondere Priorität, da diesen Maßnahmen ein Multiplikatoreffekt zugeschrieben werden kann. Dazu gehören neben dem Ausbau des Dokumentations- und Informationswesens die Verstärkung der Datengewinnungs- und Datenverarbeitungskapazität einschließlich der Entwicklung der dafür notwendigen Methoden und Techniken.
2. Die kontinuierliche Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Entwicklungen, eine Sozialberichterstattung und die Entwicklung geeigneter Indikatoren sollte die diskontinuierliche Projektforschung ergänzen.
3. Die empirische Forschungskapazität sollte erheblich verstärkt werden und zwar sowohl im Hinblick auf die optimale Betriebsgröße der Institute wie im Hinblick auf die Erhaltung forschungserfahrener und für die Analyse komplexer Problemfelder spezialisierter Teams.
4. Für die Entwicklung disziplinübergreifender Forschungsprogramme sollten bei dem gegenwärtig bestehenden Grad sozialwissenschaftlicher Arbeitsteilung und bei der Komplexität der sozialen Phänomene und ihrer institutionellen Ordnungen neue Kooperationsformen geschaffen werden, die problemspezifisch die vorhandene Sachkompetenz in Wissenschaft und Praxis koordinieren und weiter entwickeln.
5. Für die Auslandsforschung und den auf ihr aufbauenden interkulturellen Strukturvergleich bedarf es eigener permanenter Forschungsstützpunkte im Ausland.

Im Blickwinkel dieses Problemkatalogs stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

1. Mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln, dem Informationszentrum der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute in Bad Godesberg und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim ist der Grundstock für ein System von Hilfseinrichtungen der Sozialforschung gelegt. Die dauerhafte Sicherung dieser Basis und die volle Entwicklung ihres Potentials – insbesondere des neu errichteten, von der DFG getragenen Zentrums für Umfragen – ist von großer Wichtigkeit. Auch wenn in den nächsten Jahren kaum mit einer Erweiterung solcher Hilfseinrichtungen gerechnet werden kann, so sollte dennoch der Plan, eine Aggregatdatenbank zu errichten, weiter verfolgt werden. Dabei spielt die Trägerschaft eine große Rolle; sie sollte so beschaffen sein, daß sie nicht nur der Verwaltung, sondern auch der Wissenschaft voll zugänglich ist. Unterschiedliche Interessenlagen komplizieren die Durchsetzungschancen schon bei der Klärung der Trägerschaft.
2. Für die kontinuierliche Dauerbeobachtung sozialer Entwicklungen bedarf es, wie für die Hilfseinrichtungen, neuer und betriebsmäßig organisierter Forschungseinrichtungen. Weder Hochschulen noch Sozialforschungsinstitute, die wesentlich wechselnde Projektforschung betreiben, sind dafür strukturell geeignet. Eine Forschungspolitik, die hier nicht auf die Dauer bereit ist, institutionelle Neugründungen zu unternehmen, sollte nicht gleichzeitig von der Wichtigkeit einer genaueren und rasch auf Änderungen reagierenden Sozialberichterstattung ("Frühwarnsystem")

reden. Das Modell können die fünf großen Wirtschaftswissenschaftlichen Institute abgeben, die in unterschiedlicher Organisationsform betrieben und im Jahre 1973 aus öffentlichen Mitteln mit etwa 35 Mill. DM unterstützt wurden. Ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik und für die Wirtschaftswissenschaft ist unbestritten. Will man eine Verstärkung der Dauerbeobachtung der sozialen Entwicklung, so führt kein Weg vorbei an einer entsprechenden großbetrieblichen Forschungsorganisation mit eigener Datengewinnungs- und Auswertungskapazität. Der dafür nötige Mittelaufwand ist auch keineswegs so groß, daß ein solches Unternehmen von der Finanzierungsseite her unrealistisch wäre. Als Beispiel kann man etwa gegenüberstellen den Jahresaufwand für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin mit 8 Millionen DM und 160 Mitarbeitern und denjenigen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin mit rund 7 Millionen DM und 150 Mitarbeitern. Mittel in dieser Größenordnung sind zu beschaffen, es mangelt nur an der Trägerschaft für eine langfristige Durchsetzung eines solchen Planes. Die Einrichtung eines Bundesinstituts ist forschungspolitisch nicht wünschenswert, Max Planck-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft sind ihrer Aufgabenstellung nach dafür nicht geeignet.

3. In den sechziger Jahren haben sich zwei größere und im engeren Sinne soziologische Forschungsinstitute außerhalb der Hochschulen, aber mit wissenschaftlicher Zielsetzung etabliert: das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München und das Soziologische Forschungsinstitut in Göttingen. Daneben besteht eine Reihe kleinerer Forschergruppen mit begrenzter Forschungskapazität. Diese Einrichtungen repräsentieren zur Zeit die relativ bescheidene Basis der wissenschaftlich verfaßten hochschulfreien Sozialforschung. Angesichts der gerade von Verwaltung und Regierung immer betonten Dringlichkeit anwendungsbezogener Projektforschung und der dafür genannten aktuellen Themenbereiche wie Umweltforschung, Humanisierung des Arbeitslebens, Probleme der Gastarbeiter, ist eine Kapazitätserweiterung und Basissicherung derartiger Forschungsinstitute unumgänglich. Die Klage, daß die Forschung an den Hochschulen zersplittert, ohne anwendungsfähige Resultate und ohne ausreichende Anpassungselastizität an die öffentliche Forschungsnachfrage sei, trifft die Problematik nicht. Sie liegt nicht in der vermeintlich theoretisch idiosynkratischen Mentalität der Hochschullehrer, sondern darin daß die Forschungskapazitäten der Hochschulen für derartige Projektforschungen strukturell nicht geeignet und ausgebaut sind.

Die hochschulfreien Institute für Sozialforschung sind die dafür bei weitem besser geeigneten Träger, sie bedürfen daher einer planmäßigen Förderung und Erweiterung nach Zahl, Basisfinanzierung und Forschungskapazität. Solange diese Einrichtungen nicht leistungsstärker werden, können sie die wachsende Konkurrenz kommerzieller Institute schlecht durchstehen. Es besteht daher die akute Gefahr, daß die anwendungsbezogene Sozialforschung aus dem Bereich der wissenschaftlich verfaßten Sozialforschung völlig in den Bereich der kommerziellen abwandert und dort keiner wissenschaftlichen Kontrolle mehr unterliegt. Direkte Klientenbeziehungen zwischen öffentlichen Auftraggebern und kommerziellen Instituten bestimmen schon gegenwärtig die Masse der Ressortforschung, ohne daß die Ergebnisse dieser nach Umfang der Mittel wie der Datenproduktion erheblichen Sozialforschung öffentlich bekannt und kontrollierbar wäre.

Auch die Absicht der Bundesregierung, das Wissenschaftszentrum Berlin "zur Trägerorganisation internationaler Institute anwendungsbezogener Sozialforschung" auszubauen, kann die Lösung dieses Problemfeldes nicht bedeuten. So erfreulich die Kapazitätserweiterung ist, die durch das Institut für Management und Verwaltung und das im Aufbau befindliche Institut für vergleichende Gesellschaftsforschung des Wissenschaftszentrums Berlin eingetreten ist, so kann dadurch doch nicht die breite Palette der aktuellen Forschungsbedürfnisse der Öffentlichkeit abgedeckt werden. Wettbewerbsfähige Institute mit spezialisierter Forschungskompetenz sollten systematisch gefördert werden. Solange diese Institute im wesentlichen auf die ständige Acquisition von Forschungsaufträgen wechselnder Problemstellungen angewiesen sind, können sie kaum zu Trägern methodischer oder theoretischer Innovationen werden und dadurch zur Entwicklung der Forschungsqualität beitragen. Selbst unter dem Aspekt der Förderung anwendungsorientierter Forschung kann die gegenwärtige Praxis nicht befriedigen. Eine öffentliche Grundfinanzierung ist erforderlich, die in ihrer Höhe – ähnlich der Übung der Fraunhofer Gesellschaft – vom Umfang der Einnahmen aus Forschungsaufträgen leistungsbezogen bestimmt werden könnte.

4. Ein besonderes Problem der Forschungsförderung liegt in der erforderlichen disziplinübergreifenden und problemspezifischen Kompetenzkoordination und Entwicklung neuer Forschungsrichtungen. Die Differenzierung der Sozialwissenschaften in verschiedene Disziplinen, deren Grenzen durch Lehrfunktionen und Hochschulorganisation dramatisiert werden, hat zu einer Reihe oft bedauerter Zerreißung von Problemzusammenhängen geführt. Die mangelnde Verbindung von Soziologie und Wirtschaftswissenschaft ist ebenso bekannt wie das Fehlen einer systematischen und empirischen "Kulturologie". Die Entwicklung einer Vielzahl von sogenannten Bindestrich-Soziologien markiert zwar die Vermittlungsbedürfnisse zwischen der Soziologie und den verschiedenen Gegenstandsbereichen sozialwissenschaftlicher Forschung, doch können diese selbst die Gegenstandsbereiche nicht ausreichend materiell aufbereiten und in der erforderlichen Pluralität der analytischen Fragestellungen erfassen. Soziologischer Forschung eignet daher häufig ein erhebliches Maß von perspektivischer Beschränkung und dilettantischer Objekterfassung. Dies ist allerdings weniger den Soziologen anzulasten als vielmehr der Komplexität der institutionellen Ordnung der Gesellschaft. Interdisziplinarität ist zwar für die Entwicklung der Soziologie von zentraler Bedeutung, aber nicht durch Appelle zu verwirklichen. Es bedarf dazu gezielter Vermittlungen und entsprechender Kompetenzkoordinationen über konkrete Problemstellungen. Daß dieses nicht ausreichend erfolgt, bedeutet eine Entwicklungshemmung nicht nur der inhaltlichen Entwicklung der Einzeldisziplinen, sondern auch der Forschungskapazität für die Analyse komplexer Problemfelder und die Entwicklung implementierungsfähiger Problemlösungen.

In den Naturwissenschaften hat hier die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schon früh und wirkungsvoll eine besondere Funktion erfüllt durch die Förderung gerade jener Forschungsrichtungen, die quer zu der Disziplinorganisation der Universitäten oder (zunächst) ganz außerhalb der Ausbildungsbedürfnisse lagen. Für die Sozialwissenschaften ist keine derartige planvolle und dauerhafte Forschungsförderung erfolgt. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich dieser Problematik nicht angenommen, wenngleich vermutet werden darf, daß gerade hier ein wichtiges Inno-

tionspotential brachliegt. Die Errichtung der beiden sozialwissenschaftlich orientierten Institute der Max-Planck-Gesellschaft haben diese Vermittlungsfunktionen zwischen den Sozialwissenschaften nicht wesentlich fördern können. Die Forschungspolitik und die Institutionen der Forschungsförderung sollten diesen Problemen besondere Aufmerksamkeit zuwenden; vielleicht kann die Deutsche Forschungsgemeinschaft durch neue Instrumente und Verfahren hier den nötigen Anstoß geben. Dazu gehört sicherlich auch ein Programm zur Freisetzung von Hochschullehrern über eine begrenzte Zeit, um die erforderliche interdisziplinäre Kompetenz auf einem konkreten Problemfeld zu entfalten. Nicht "think tanks" und Forschungsfreijahre, sondern problemorientierte Forschungsaufgaben über längere Zeiträume erscheinen hier erfolgversprechend.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag gemacht worden, eine eigene Trägerorganisation für die Verantwortung und Organisation derartiger Kooperations- und Koordinationsaufgaben ("Max-Weber-Gesellschaft") zu schaffen. Dadurch könnten die Sozialwissenschaften auch eine größere Planungs- und Durchsetzungskraft in der Forschungspolitik gewinnen; doch gegenwärtig ist dafür noch keine ausreichende Unterstützung zu finden.

5. Die Sozialforschung ist in einem spezifischen Sinne provinziell. Gegenwartsprobleme nationaler Gesellschaften werden nur unzureichend in einem komparativen interkulturellen Rahmen gestellt und Wandlungsvorgänge in nur sehr kurzen Zeiträumen erfaßt. Vergleichende Sozialforschung gilt daher zu Recht als ein Desideratum. Dafür aber wäre eine Verstärkung der Auslandsforschung nötig, zumal immer stärker nationale Ereignisse durch internationale Entwicklungen bedingt werden. Im Zusammenhang damit sind Vorschläge gemacht worden, versuchsweise sozialwissenschaftliche Auslandsinstitute zu gründen. Auch dies ist ein Mittel der Forschungsförderung, das keineswegs neuartig in der Wissenschaftsorganisation ist. Seit dem 19. Jahrhundert bestehen die berühmten deutschen Archäologischen Institute, die gegenwärtig mit 15 Millionen Mark unterstützt werden. Nach dem Kriege sind historische Institute in Rom und Paris gegründet worden, für die jährlich 4 Millionen Mark aufgewendet werden; ein neues wird in London errichtet. Die Max-Planck-Gesellschaft unterhält seit 1913 ein kunstgeschichtliches Institut in Rom. Es gibt also Modelle verschiedener Organisationsformen, doch findet sich bisher keine Bereitschaft für die Erprobung sozialwissenschaftlicher Auslandsinstitute. Jüngste Versuche, im Zusammenhang mit der Reorganisation der deutschen Kulturinstitutionen in Japan auch eine kleine sozialwissenschaftliche Arbeitsstelle einzurichten, sind erfolglos geblieben und haben weder vom Auswärtigen Amt noch von der Deutschen Forschungsgemeinschaft Unterstützung erhalten.

Besonders anzumerken ist schließlich der Umstand, daß es bisher keinen Ansatz für eine systematische Europa-Forschung gibt. Dies ist angesichts der Bestrebungen um den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft besonders bemerkenswert. Für den Bereich der Soziologie ist ferner festzustellen, daß die direkten Kontakte zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft überhaupt zufällig und unsystematisch, nach Umfang und Forschungsbedeutung jedenfalls weit geringer sind als die jeweiligen unilateralen Kontakte zwischen den einzelnen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten. Dabei ist die deutsche Soziologie noch besonders durch den Umstand gekennzeichnet, daß sie durch die geringe

internationale Kommunikationsbedeutung der deutschen Sprache einerseits, die relativ wenigen Publikationen in englischer Sprache andererseits eine sehr viel kleinere internationale Sichtbarkeit aufweist, als dies etwa für die sozialwissenschaftliche Forschung der skandinavischen Länder zutrifft. Ende 1974 ist mit Sitz in Straßburg eine Europäische Wissenschaftsstiftung gegründet worden, doch sind die Sozialwissenschaften von deutscher Seite bisher nicht in die Programmplanung mit einbezogen worden. Die deutschen Mitglieder dieser Stiftung sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft.

Welches Fazit kann man aus dieser Anfangsphase einer umfassenderen öffentlichen Forschungspolitik ziehen? Das vergleichsweise große Interesse an der Förderung der Sozialwissenschaften in den Jahren 1971/72 hat noch zu keinen wesentlichen Maßnahmen geführt. Dies ist sicherlich von den schrumpfenden öffentlichen Mitteln für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik beeinflußt worden, doch wohl noch stärker durch zwei andere Faktoren. Der eine scheint mit darin zu liegen, daß die Forschungspolitik auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften zu punktuell gesehen wurde und seitens der Regierung primär auf eine Erhöhung der Problemlösungskapazität gerichtet war. Daraus ergab sich eine erhebliche Zurückhaltung vor mittelfristigen Mittelbindungen und eine allgemeine Scheu vor neuen institutionellen Einrichtungen. Der zweite Faktor liegt in einer spezifischen Unterorganisation der Willensbildung für langfristige und alternative forschungspolitische Strategien auf Seiten der forschungspolitischen Entscheidungsgremien wie der betroffenen Wissenschaften. Zu einem umfassenden Dialog zwischen beiden ist es nicht gekommen.

Die heute für alle umfassenderen Programme prohibitive Finanzlage wird sich bis 1978 wohl verbessern. Dann könnte ein neuer Anlauf realistische Aussichten für die Zeit bis 1980 haben. Doch dazu sollten schon heute die notwendigen Vorbereitungen betrieben werden. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren können dafür nützliche Hinweise geben.

Dazu gehört vor allem, daß eine strukturelle Entwicklungsplanung durch die Sozialwissenschaften selbst besser vorbereitet und vertreten wird. Ein bloß reaktives Verhalten auf Vorstellungen der Verwaltung, die rasch wechselnden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen unterliegen, ist nicht ausreichend, ebensowenig die Fortführung von individuellen Bemühungen, das eine oder andere durchzusetzen. Die erforderliche Verbesserung der Selbstorganisation der Sozialwissenschaften weist den einzelnen wissenschaftlichen Vereinigungen und auch der Deutschen Gesellschaft für Soziologie neue und komplexe Aufgaben zu, die den traditionellen Rahmen der Tätigkeit wissenschaftlicher Gesellschaften überschreiten. Die Empfehlungen zur Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Soziologie war ein erster Schritt, der zunächst nur einen Orientierungsrahmen umschrieb.

Es scheint auch nötig zu sein, eine stärkere Kooperation zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Gesellschaften einzuleiten, gemeinsame Interessen festzustellen und gegebenenfalls gemeinsame Vorschläge für eine Forschungspolitik auszuarbeiten. In dieser Richtung liegen auch Überlegungen, einen Deutschen Sozialwissenschaftlichen Rat zu bilden, der sich an Funktionen des amerikanischen Social Science Research Council orientieren könnte. Ansätze in dieser Richtung bestehen in der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute. Neuerdings

ist durch die Einsetzung einer Senatskommission für empirische Sozialforschung auch bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein koordinierendes und beratendes Gremium entstanden.

Die Hoffnungen dürfen sich nicht zu sehr auf die Initiative einer aufgeklärten Verwaltung verlassen. Die Organisationsphantasie politischer Gremien wird durch die unmittelbaren Kontextbedingungen ihres Handelns beschränkt, d.h. auf geeignete Problemlösungen in der Wahrnehmung ihrer politischen Relevanz, nicht ihrer forschungspolitischen Struktureffekte bezogen. Dies ist durchaus verständlich, sollte aber Veranlassung sein, organisatorische Präjudizierungen aus der Eigeninitiative der Wissenschaften zu versuchen. Die Trägerschaft für Strukturinnovationen kann nicht staatlichen Stellen allein überlassen oder auch überantwortet werden. Dies umsoweniger als die Verfügungschancen über Mittel für Sozialforschung schon heute ganz überwiegend bei der Verwaltung liegen. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Bundesressorts für sozialwissenschaftliche Forschungsaufträge bei weitem mehr Geld ausgeben als die Forschungsgemeinschaft für die Förderung der Sozialwissenschaften insgesamt. Dabei unterliegen die auf bundeseigene Rechnung erstellten Forschungen weder einer allgemeinen öffentlichen Zugänglichkeit noch der Kontrolle durch fachwissenschaftliche Experten, wie dies bei der Forschungsgemeinschaft der Fall ist.

Freilich darf man nicht übersehen, daß bei aller öffentlichen Betonung der aktuellen Bedeutung der Sozialwissenschaften und den Beteuerungen ihrer Wichtigkeit für gesellschaftspolitische Problemlösungen die Sozialwissenschaften rein quantitativ eine sehr bescheidene Rolle im Gesamtbereich der Forschungspolitik spielen. Nach den jüngsten Angaben im Fünften Forschungsbericht der Bundesregierung (S. 131 ff.) beliefen sich im Jahre 1973 die Gesamtaufwendungen der staatlich geförderten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im universitären und außeruniversitären Bereich auf rund 6,3 Milliarden Mark. Davon entfielen auf die Gruppe der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (einschließlich der Rechtswissenschaft und Politischen Wissenschaft) 4,8%, auf die Agrarwissenschaft 6,6%, die Geisteswissenschaften 12,6%, die Medizin 13,9%, die Ingenieurwissenschaften 19,4% und die Naturwissenschaften 42,7%. Der Anteil der Gesellschaftswissenschaften (Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Politische Wissenschaft, Rechtswissenschaft und Sozialgeographie) an den Aufwendungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft beträgt rund 6%. Die Sondermittel, mit denen seitens des Forschungsministeriums eine strukturelle Förderung der Sozialwissenschaften angestrebt wurde, bewegten sich 1973 in einer Größenordnung von 5 Millionen Mark jährlich (sie sollten auf ein Jahresbudget von 10 bis 20 Millionen steigen, sind aber 1975 in der Planung bereits auf 1,5 Millionen reduziert worden). Mit anderen Worten: Die Sozialwissenschaften insgesamt spielen nur eine bescheidene Rolle in der Forschungspolitik, die Soziologie im engeren Sinne beansprucht dabei einen Anteil von 1-2% der Gesamtmittel.

Angesichts dieser Ausgangsbasis sind alle in der bisherigen Diskussion geforderten Förderungsmittel für die Soziologie und die empirische Sozialforschung quantitativ bescheiden. Wenn dennoch den Forderungen und Vorschlägen der Sozialwissenschaften große Skepsis, ja Mißtrauen entgegengebracht wird, so zeigt das nur die Randstellung, in der sich die Soziologie in der Forschungspolitik befindet. Daran können auch die großen Erwartungen nichts ändern, die an die Sozial-

wissenschaften gelegentlich gerichtet werden. Ja gerade die überzogenen Erwartungen produzieren die Enttäuschungen, die der Skepsis wiederum ihre Begründung liefern.

Die forschungspolitische Situation der Soziologie ist keineswegs gut, und die Aussichten für die nächste Zukunft sind ebenfalls nicht optimistisch zu beurteilen. In dieser Lage darf man sich dennoch nicht abspesen lassen mit kleinen Gaben hier und da, mit einem Schwerpunkt "Probleme der Ausländerbeschäftigung" oder der Aussicht auf 1,5 Millionen Mark für die zusätzliche Finanzierung von drei weiteren Projekten über einen Zeitraum von fünf Jahren. Gewiß, auch hier gelten keine Alles- oder Nichts-Strategien. Doch man darf sich die Horizonte durch solche kleinen Chancen nicht verstellen lassen. Die Problematik, vor der wir stehen, ist alt: die Anerkennung der Bedürfnisse der Sozialwissenschaften als empirische Erforschung der gesellschaftlichen Struktur und ihrer Entwicklung ist noch nicht gelungen.

Als im Jahre 1909 die Heidelberger Akademie der Wissenschaften gegründet wurde, sollte *Max Weber* als außerordentliches Mitglied gewonnen werden. Er lehnte diese Würde ab und begründete seine Ablehnung unter anderem mit den folgenden Argumenten: "Die Publikation von Akademieschriften hat für die systematischen Disziplinen im Gegensatz zu anderen (*Weber* meint: historischen) nicht den allermindesten Wert. Geleistet könnte vielmehr nur etwas werden, wenn seitens der Akademie einerseits für große Kollektivarbeiten die Erhebungen, und in den ökonomischen Disziplinen speziell auch die rechnerische Ausarbeitung des selbst erhobenen oder in Massenpublikationen der offiziellen Statistik brachliegenden Tatsachenmaterials kontinuierlich durch erhebliche Mittel unterstützt werden könnte; und wenn andererseits zweitens eine systematische Stipendierung besonders begabter, schon hinter dem Abschluß ihrer Studien stehender jüngerer Leute für Reisen, speziell Auslandsreisen, mit systematisch gewählten Fragestellungen und unter der gemeinsamen Kontrolle der aktiven Vertreter jener Disziplinen, in die Wege geleitet werden könnte. Denn das praktische Funktionieren der Rechts- und Verfassungsinstitutionen ebenso wie die Erforschung der entscheidenden gesellschaftlichen Grundlagen für die politische und ökonomische Macht- und Kulturentfaltung der Völker könnten ausschließlich auf diesem Wege gefördert werden." Die Heidelberger Akademie böte jedoch in ihrer traditionellen Struktur keinerlei Aussicht, die bestehende beispiellose Zersplitterung der Arbeit an der Erforschung der grundlegenden Tatsachen des politischen und gesellschaftlichen Lebens unserer Nation zu verbessern. Diese Äußerungen werden von *Ferdinand Tönnies* berichtet in einem Aufsatz über "Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute" (in: *L. Brauer* u. Mitarb.; *Forschungsinstitute, ihre Geschichte, Organisation und Ziele*, 2. Bd., Hamburg 1930, S. 429 ff.). Wie *Weber* 1909, so fordert übrigens auch *Tönnies* 1930 die Institutionalisierung der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung mit Hilfe von "soziographisch-moralischen Observatorien". Die forschungspolitischen Probleme der Soziologie und die Schwierigkeiten ihrer Lösung sind so alt wie die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, die ja auch für ihre Bewältigung einst gegründet wurde.